

*Michel, Harald:*

**Demographische Entwicklung und Auswirkungen auf die Raumentwicklung  
– Am Beispiel Brandenburg und der Uckermark**

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-4431094>

*In:*

Gustedt, Evelyn; Hennen, Markus; Heinrich, Andreas (Hrsg.) (2023):  
Jahrhundertaufgaben – Blockade oder Entwicklung von Räumen durch  
aufgelassene Konversionsflächen.

Hannover, 128-138. = Arbeitsberichte der ARL 37.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-44310>



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Harald Michel

## DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG UND AUSWIRKUNGEN AUF DIE RAUMENTWICKLUNG – AM BEISPIEL BRANDENBURG UND DER UCKERMARK

### Gliederung

- 1 Demographische Ausgangslage
    - 1.1 Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Regionen Ostdeutschlands
    - 1.2 Ursachen der Entwicklung
    - 1.3 Persistenz der Prozesse
    - 1.4 Die beschleunigte Entleerung der peripheren Räume
    - 1.5 Temporäre Stabilisierung von Mittel- und Oberzentren durch Zuwanderung aus dem ländlichen Umland
  - 2 Situation im Land Brandenburg
  - 3 Fallbeispiel: Der Landkreis Uckermark
- Literatur

### Kurzfassung

Die Hauptauswirkungen des demographischen Wandels – Schrumpfung und Alterung auf der einen Seite, und zunehmende Konzentration und auf der anderen – zeigen sich räumlich extrem differenziert. Die daraus folgende Problemlage ist enorm und gleichzeitig vielfältig. Leitbilder und Planungen der Raumordnung sollten demographische Entwicklungen stärker zu beobachten. Das Nebeneinander von Wachstums-, Umbau- und Schrumpfungsprozessen verlangt nach flexiblen, auf die jeweilige Region zugeschnittenen Lösungen. Der Beitrag verdeutlicht die Problematik anhand des Landkreises Uckermark.

### Schlüsselwörter

Demographischer Wandel – Alterung – Schrumpfung – regionale Differenzierung – Raumentwicklung

### Demographic Development and Impacts on Spatial Development – the Example of Brandenburg and the Uckermark

#### Abstract

The main effects of demographic change – shrinkage and aging on the one hand and increasing concentration on the other – are extremely differentiated in spatial terms. The resulting set of problems is huge and, at the same time, complex. Regional planning models and plans should pay more attention to the demographic trends. The

coexistence of growth, restructuring and shrinking processes requires flexible solutions adapted to the specific region. The article illustrates the challenges using the Uckermark district as an example.

### **Keywords**

Demographic change – Aging – Shrinkage – Depopulation – regional differentiation – spatial development

## **1 Demographische Ausgangslage<sup>1</sup>**

Die demographischen Entwicklungen deuten darauf hin, dass in 40 Jahren deutlich weniger Menschen in Deutschland leben werden als heute. Bei schwächerer Zuwanderung sinkt die Einwohnerzahl von jetzt 83,2 Mio. auf 74,4 Mio., also um mehr als 10 Prozent. Selbst bei moderatem Zuzug wie im Schnitt der letzten Jahrzehnte sinkt sie noch auf 78,2 Mio. (14. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; Statistisches Bundesamt 2019).

Dass die Bevölkerung in Deutschland schrumpft, ist im Kern nicht das Problem. Viel brisanter ist die Veränderung der Altersstruktur, die grundlegende Auswirkungen auf die Gesellschaft und das Zusammenleben haben wird. Gleichzeitig werden sich die demographischen Unterschiede innerhalb Deutschlands durch Wanderungsprozesse und Eigendynamik weiter vergrößern. Insbesondere die neuen Bundesländer gehören vermehrt zu den Regionen Deutschlands, die von dieser sich selbstverstärkenden Entwicklung geprägt werden.

### **1.1 Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Regionen Ostdeutschlands**

Die Hauptauswirkungen des demographischen Wandels – Schrumpfung und Alterung bei gleichzeitiger zunehmender Konzentration und Internationalisierung (verbunden mit einer zunehmenden Bedeutung der Integrationsproblematik, vor allem in den großen Agglomerationen Westdeutschlands) auf der anderen Seite – zeigen sich räumlich extrem differenziert und sie verlaufen in den Ländern, Regionen, Städten und Gemeinden Deutschlands nicht proportional oder linear und nicht entlang politischer oder administrativer Grenzen. Wir erleben ein Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen. In einer groben Überblicksbetrachtung existiert eine demographisch bedingte Zweiteilung Deutschlands in Bezug auf diese Entwicklung: Neben prosperierenden Ballungszentren, die eine steigende Anziehungskraft ausüben, erleben weite Teile Nord- und Ostdeutschlands, vor allem in den ländlichen Peripherien, den Wandel als Schrumpfung mit dem Entstehen sich mehr und mehr entleerer Räume bis hin zur Entvölkerung bei einer raschen Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung.

---

1 Die im Text genannten Daten und Zahlen beruhen auf eigenen Auswertungen der Datenbank ifad: <https://ifad-berlin.homepage.t-online.de/index.html> (26.07.2023).

Die Einwohnerzahl in den ländlichen peripheren Regionen wird in den nächsten 20 Jahren stärker schrumpfen als in den vergangenen 22 Jahren und der Prozess der Verschiebung der Altersstruktur (*Aging*) an Tempo zulegen, was zu einer weiteren Vergrößerung der demographischen Unterschiede führen wird. Dies bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Siedlungsstrukturen und deren Entwicklung, vor allem in Ostdeutschland. Die ländlich geprägten Räume, die ca. vier Fünftel der ostdeutschen Bundesländer ausmachen, unterliegen permanenten und weitreichenden demographischen Veränderungsprozessen, die insbesondere die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in immer mehr Gebieten infrage stellen. Dieser Prozess wird noch zusätzlich durch die Binnenwanderung in Ostdeutschland selbst verstärkt, indem sich einige wenige städtische Zentren durch Zuzug aus dem ländlichen Raum, allerdings nur vorübergehend, stabilisieren können. Diese Prozesse befördern einerseits die beschleunigte „Verödung“ weiterer Landstriche. Reflektiert werden sollten deshalb Demographiekonzepte und Initiativen im Wettbewerb um Einwohner (EW), deren längerfristiger Nutzen für die Kommunen unklar ist.

Die größten Herausforderungen bei der Bewältigung des demographischen Wandels in Ostdeutschland, mit dem Kernpunkt der Gewährleistung der Daseinsvorsorge für einen großen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Landesteile, stehen somit noch bevor und werden zunehmende Probleme verursachen.

Diese demographischen Verhältnisse in Ostdeutschland werden bisher hauptsächlich an einem besonders ausgeprägten Alterungs- und Schrumpfungsprozess festgemacht. Gleichwohl weisen diese Regionen seit Jahren – auch eine unter Gendergesichtspunkten – deutlich asymmetrische Entwicklung der Abwanderung auf, die insbesondere in den ländlichen Teilräumen der Kreise bis heute in den jüngeren Altersgruppen der Erwerbsbevölkerung zu einer ausgeprägt männlichen Überzahl geführt hat. In Kombination mit den bereits bekannten wirtschaftlichen und sozialen Problemen stellt diese geschlechtsspezifische demographische Schieflage die Region schon heute, aber vor allem mittel- und langfristig vor große Herausforderungen.

Dabei ist die Situation differenziert: Während die Geschlechterproportionen der Städte in Ost- und Westdeutschland sich in etwa auf einem vergleichbaren Niveau befinden und in Universitätsstädten sogar ein Frauenüberschuss besteht, unterscheiden sich die ländlichen Regionen in Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf das Defizit an Frauen gravierender denn je. Gerade in jüngeren Altersgruppen zeigt sich eine überproportionale weibliche Abwanderung aus ländlichen Regionen, während diese Geschlechterselektivität bei älteren Frauen in den meisten Regionen genau umgekehrt verläuft. Von diesem zahlenmäßig großen Ungleichgewicht von Männern und Frauen jüngerer und teilweise schon mittlerer Jahrgänge einer Region sind insbesondere Landkreise im Norden Ostdeutschlands, aber auch in Thüringen und Sachsen-Anhalt betroffen. In einigen Landkreisen liegt der Männerüberschuss bei den 18 bis 25-Jährigen bei 20 Prozent.

Die daraus folgende Problemlage ist enorm und gleichzeitig vielfältig. Die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung gehen über die unmittelbaren Effekte der Abwanderung großer Teile einer jeweiligen „Muttergeneration“ hinaus. Sie können auf mittlere und längere Sicht zurzeit noch gar nicht

voll erlassen werden, Beispiel: Versorgung der älteren Angehörigen (so wird die Zahl der potenziellen Pflege-Personen in den Familien in Ostdeutschland selbst bei konservativen Berechnungen bis 2035 um mindestens 25 Prozent abnehmen und dies bei absolut und relativ ansteigender Zahl der Pflegebedürftigen) oder regionale Dominanz bzw. Toleranz gegenüber männlich konnotierten devianten Verhaltensweisen, die in der Außensicht auf die Region nachhaltig imageschädigend wirken können. In einer Situation, in der überdies nicht nur die Zahl der Jugendlichen, die die Schule verließen, seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich zurückgeht, sondern sich Prognosen zufolge weiterhin dramatisch verringern wird, ergibt das in der Summe eine außerordentlich schwierige demographische Ausgangssituation (Michel 2017).

## **1.2 Ursachen der Entwicklung**

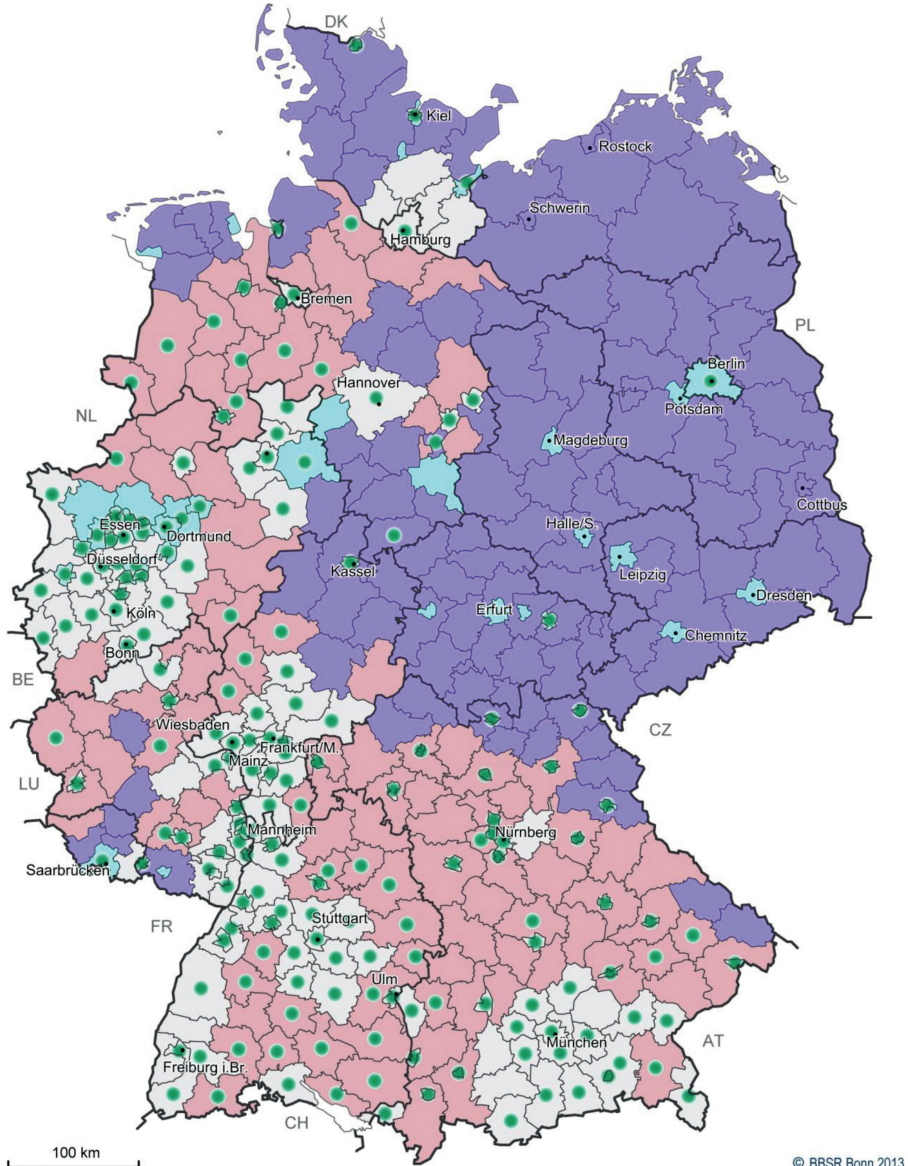
Infolge der Abwanderung besonders junger Menschen (von 1991 bis 2012 in der erheblichen Größenordnung von über 1,8 Mio. Personen) sowie des Geburteneinbruchs seit 1989/90 erleben die neuen Länder insgesamt einen gravierenden Alterungsprozess. Im Jahr 1990 gehörten die neuen Länder mit einem Altenquotienten von unter 20 (bzw. knapp über 20) zu den Ländern mit relativ wenigen Älteren im Verhältnis zur Bevölkerung im Erwerbsalter. Im Jahr 2030 werden Altenquotienten von über 70 erreicht. Sachsen-Anhalt hat dann voraussichtlich einen Quotienten von 71, Mecklenburg-Vorpommern von 70 und Thüringen von knapp 70.

## **1.3 Persistenz der Prozesse**

Von einer Trendumkehr kann gegenwärtig und in absehbarer Zukunft keine Rede sein. So laufen ausnahmslos alle demographischen Prozesse in Ostdeutschland auf den seit ca. 20 Jahren aufgezeigten Pfaden: Der Alterungs- und Schrumpfungsprozess geht unvermindert weiter und wird im Vergleich zu den westdeutschen Ländern an Intensität sogar noch zunehmen. Seit 2010 rücken die nach der Wende in Ostdeutschland geborenen Generationen ins wanderungsaktive Alter. Diese Altersjahrgänge sind aus bekannten Gründen (Geburteneinbruch) zahlenmäßig um bis zu 50 Prozent kleiner als die davor lebenden Jahrgänge. In vielen ostdeutschen Ländern ist also schlicht kaum jemand in den entsprechenden Altersgruppen vorhanden, der jetzt und in naher Zukunft abwandern könnte.

## **1.4 Die beschleunigte Entleerung der peripheren Räume**

Im Fokus der Betrachtung stehen dabei die ländlichen Gebiete als periphere Räume. Sie machen in Ostdeutschland etwa 80 Prozent der Fläche aus und beherbergen ca. 50 Prozent der Bevölkerung (zum Vergleich: In den westdeutschen Ländern leben ca. 20 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Räumen, die etwa 50 Prozent der Fläche ausmachen). Gerade in diesen Gebieten wird sich in den nächsten Jahren der demographische Wandel – Schrumpfung der Einwohnerzahlen, Alterung der Bewohnerinnen und Bewohner – konzentriert und mit zunehmender Geschwindigkeit in allen Bereichen vollziehen.



© BBSR Bonn 2013

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, BBSR-Bevölkerungsprognose 2009-2030/ROP Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2011

**Regionale Herausforderungen auf Kreisebene bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und/oder Stärkung der Wirtschaftskraft**

- bei beiden Themenfeldern
- nur bei der Sicherung der Daseinsvorsorge
- nur bei der Stärkung der Wirtschaftskraft
- nicht

**überdurchschnittlich**  
(Teilindizes > 0,0)

Bearbeitung: P. Küpper (TI), S. Maretzke, A. Milbert und C. Schlömer (BBSR)

**● Bedarf an Integrationsleistungen\* auf Kreisebene überdurchschnittlich**  
(Teilindizes > 0,0)

\* (Bedarf bemisst sich an der Intensität der Zuzüge aus dem Ausland und dem Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund)



Abb. 1: Regionen im demographischen Wandel / Quelle: BBSR 2014: 17

Dabei ist davon auszugehen, dass diese Disparitäten zu dauerhaften regionalen Unterschieden, zu einer Verschärfung der Entwicklungsunterschiede zwischen städtischen Zentren und ländlich-peripheren Räumen führen werden: ein direktes Nebeneinander von stark oder schwach schrumpfenden, stagnierenden und temporär stabilen bis zu leicht wachsenden Regionen entsteht.

Hinzu kommen noch ungünstige geographische Bedingungen. So gibt es in Ostdeutschland erheblich weniger Großstädte und Metropolregionen (Ausnahme Berlin), die als regionale Stabilitäts- und Entwicklungsanker dienen können.

Die Städte und Gemeinden in den beschriebenen ländlichen Regionen sind von den Folgen des demographischen Wandels in besonderem Maße betroffen, für sie ergeben sich die vielfältigsten politischen und sozialen Problemkonstellationen. Dabei erzeugen Wanderungsprozesse demographisch-soziale Disproportionen in der Alters- und Geschlechtsstruktur. Der Bevölkerungsrückgang führt zur Unterschreitung der Tragfähigkeit der allgemeinen Infrastruktur; damit steht die Aufrechterhaltung funktionsfähiger regionaler Arbeits- und Versorgungsmärkte zur Disposition. Die starke Zunahme des Anteils alter Menschen stellt hohe Anforderungen an die lokalen Infrastrukturen zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

### **1.5 Temporäre Stabilisierung von Mittel- und Oberzentren durch Zuwanderung aus dem ländlichen Umland**

Der Prozess der „Verödung“ der peripheren Räume im Zuge des demographischen Wandels wird noch zusätzlich durch die Binnenwanderung verstärkt, indem sich einige wenige städtische Zentren durch Zuzug aus dem ländlichen Raum, allerdings nur vorübergehend, stabilisieren können (Stabilitätsinseln). In diesem Zusammenhang ist das in der aktuellen Politik gerade wieder diskutierte Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen als Staatsziel in dieser Form nicht realistisch und deshalb grundlegend neu zu bestimmen (vgl. BMI 2019).

Gleichheit kann und darf nicht länger hauptsächlich im Sinne von regionalen Ausstattungsmerkmalen verstanden werden, sondern muss vielmehr als Herstellung von sozialer Chancengleichheit definiert werden. Einheitliche Standards kann es angesichts der unterschiedlichen Entwicklung in den Teilregionen nicht mehr geben. Es sind insbesondere in den schrumpfenden eländlichen Gebieten Mindeststandards neu zu definieren und räumlich abgestufte und realistische Angebote an sozialen Diensten und Leistungen zu entwickeln. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen ist jedoch in allen Landesteilen zu sichern. Das bisherige wachstumsorientierte Politikverständnis ist durch ein Paradigma der Schrumpfung und des Umbaus zu ergänzen.

Die vorwiegend auf die Verteilung von Zuwächsen ausgerichteten Steuerungsinstrumente genügen den Herausforderungen demographischer Schrumpfungsprozesse nicht mehr. Vielmehr sind Prozesse des Rückbaus, der Stabilisierung, der Revitalisierung und der qualitativen Entwicklung zu gestalten. Leitbilder und Planungen sollten demographische Entwicklungen stärker beobachtet werden und steuernd einwirken.

Das Nebeneinander von Wachstums-, Umbau- und Schrumpfungsprozessen verlangt nach flexiblen, auf die jeweilige Region zugeschnittenen Lösungen. Das hat zur Folge, dass entsprechende Leitbilder auf regionaler und kommunaler Ebene bearbeitet oder neu formuliert werden müssen, um sie als integrierte regionale Anpassungs- und Entwicklungsstrategien an den Anforderungen des demographischen Wandels auszurichten.

## 2 Situation im Land Brandenburg

Das Land Brandenburg nimmt in dieser Entwicklung insofern eine Sonderstellung ein, als dass sich seine peripheren Regionen des „weiten Metropolenraumes“ (mit über 60 Prozent der Einwohner des Landes) identisch zu den anderen Ländern in Ostdeutschland entwickeln, während der Raum um Berlin („Berliner Umland“) als einzige Region in den Neuen Ländern von der Ausstrahlung einer sogenannten „Ankerstadt“, der Hauptstadt Berlin, in bemerkenswertem Umfang profitiert.

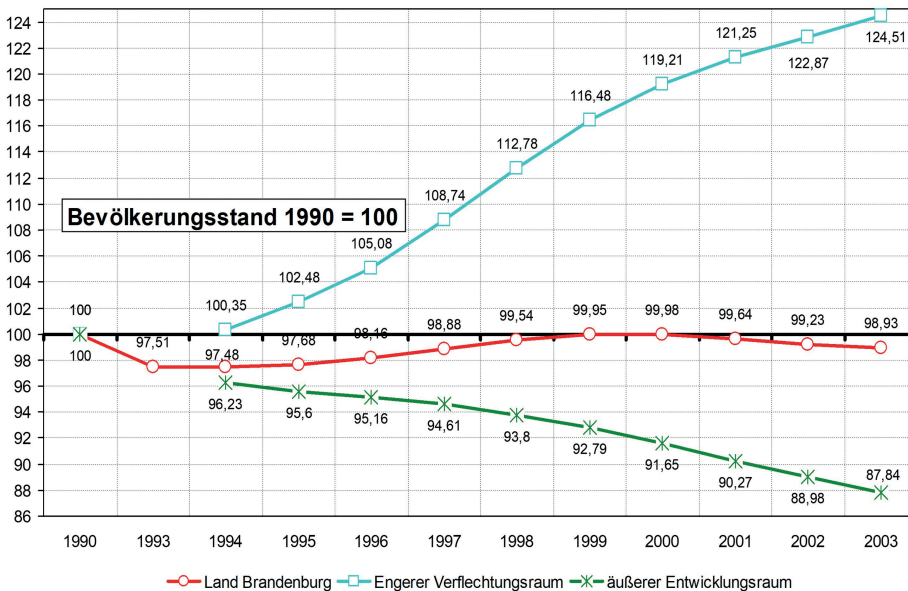


Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung des Landes Brandenburg im Vergleich zu 1990 / Quelle: eigene Auswertungen der Datenbank IFAD <https://ifad-berlin.homepage.t-online.de/index.html> (26.07.2023)

Allein aus dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung hätte das Land Brandenburg seit 1993 Bevölkerungsrückgänge von jährlich 10 bis 15 Tausend Einwohnern (EW). Dem entgegen wirkte bis zum Jahr 2000 die räumliche Bevölkerungsbewegung mit einem positiven Wanderungssaldo von ca. 10 bis 30 Tausend EW jährlich. In der



Gesamtbilanz wuchs somit die Bevölkerung des Landes Brandenburg. Erst im Jahr 2000 kam es zu einem Ausgleich von positivem Wanderungssaldo und negativem Saldo der natürlichen Bewegung (Sterbeüberschuss) und damit zu einem Stillstand in der Bevölkerungsentwicklung. Seit 2001 ist der räumliche Saldo gering und die Gesamtentwicklung wird vom negativen natürlichen Saldo bestimmt – mit der Konsequenz des deutlichen Rückgangs der Anzahl der EW seit dem Jahre 2000, ab 2015 unterbrochen durch leichte Zuwächse aus der Zuwanderung.

Die Prognosen für Brandenburg bis 2030 (LBV 2018) gehen davon aus, dass sich die Bevölkerung bis 2030 um ca. 60.000 EW auf 2.495 Mio., im längeren Zeitrahmen bis 2060 gar bis auf 2.222 Mio. EW verringern wird.

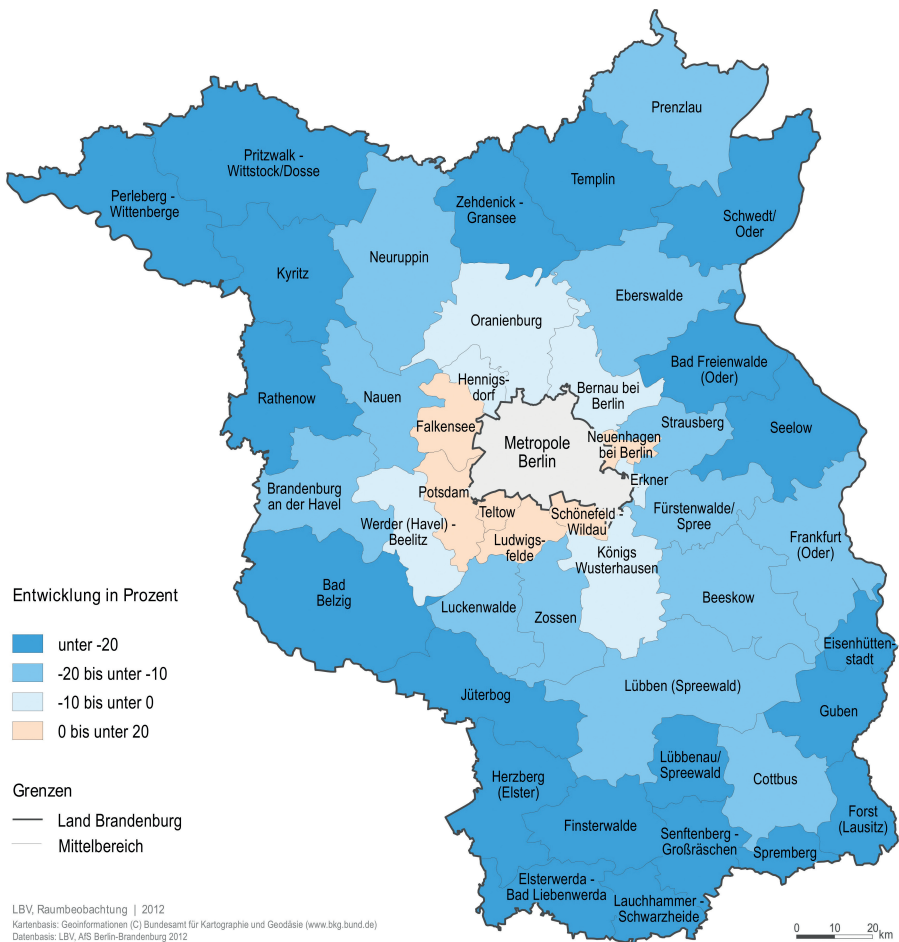


Abb. 3: Bevölkerungsvorausschätzung 2030 gegenüber 2010 für die Mittelbereiche / Quelle: LBV 2018, Anlage 2, Blatt 3

Dabei ist in den ländlichen Gebieten („weite Metropolregion“) eine massive Schrumpfung (von 2016 bis 2030 um ca. 127.300 EW – das entspricht -8,3 %) zu erwarten, während im Berliner Umland mittelfristig von einem Zuwachs um 83.800 EW (das sind +8,7 %) auszugehen ist. Allerdings wird das Potenzial von Bevölkerungszuwachs aus der Hauptstadt die grundlegenden Entwicklungen nur noch eine begrenzte Zeit ausgleichen können.

Damit werden sich in Zukunft die soziodemographischen Unterschiede zwischen dem Berliner Umland und dem weiteren Metropolitanraum stetig weiter vergrößern.

### 3 Fallbeispiel: Der Landkreis Uckermark

Der Landkreis Uckermark steht exemplarisch für die Entwicklung im „weiten Metropolitanraum“ des Landes Brandenburg (definiert nach dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR 2019). Er hat mit ca. 120.000 EW die höchste Einwohnerzahl der nicht an Berlin grenzenden Landkreise und gleichzeitig (gemeinsam mit dem Landkreis Prignitz) mit 39 EW pro km<sup>2</sup> die geringste Bevölkerungsdichte aller Landkreise in Brandenburg. (Der „weite Metropolitanraum“ hat eine Bevölkerungsdichte von 57 EW je km<sup>2</sup>)

Der starke Bevölkerungsrückgang, resultierend aus negativem natürlichem Bevölkerungssaldo (Sterbefallüberschuss) und hohen Abwanderungszahlen lässt sich bereits seit vielen Jahren beobachten. Infolgedessen kann der Landkreis Uckermark als Musterbeispiel des komplexen demographischen Alterungsprozesses ländlicher Regionen angesehen werden.

Seit dem Jahr 1990 war ein Bevölkerungsrückgang von etwa 28 Prozent zu verzeichnen. Das ist ein außergewöhnlicher Wert, der sich allerdings so oder ähnlich in den meisten ländlichen peripheren Räumen der Neuen Länder wiederfinden lässt.

Bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung und Prognose (LBV 2018) wird deutlich, dass sich der Trend der Bevölkerungsschrumpfung weiter fortsetzen wird. Bis zum Jahr 2030 wird die Bevölkerung der Region Uckermark um weitere 17 Prozent zurückgehen. Der leichte Zuwachs in den Jahren 2015/16 als Folge der gesteigerten Zuwanderung war nur eine vorübergehende Unterbrechung des Trends, der sich ab 2017 fortsetzte, und zeigt überdies, dass internationale Zuwanderungen selbst beachtlicher Größenordnung (2015/16 hatte Deutschland eine Nettozuwanderung von 1,639 Mio. Menschen) kaum Auswirkungen auf den Gang der demographischen Wandlungsprozesse auf regionaler Ebene in Ostdeutschland haben.

Uckermark	1991	2000	2010	2019	2030
Bevölkerungsgröße und Prognose	165.542	151.740	129.738	118.947	98.197

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Uckermark 1991 bis 2030 (EW) / Quelle: Datenbank IFAD, eigene Berechnungen

Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung des Landkreises Uckermark steht exemplarisch für die Veränderungen einer alternden Gesellschaft. Die Nachwuchsgeneration verkleinert sich zunehmend und gleichermaßen steigt die Anzahl der alten Kohorten stetig an. Anhand der Alten- und Jugendquotienten lässt sich die veränderte Altersstruktur im Landkreis Uckermark verdeutlichen.

<b>Uckermark</b>	<b>1993</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2018</b>
Altenquotient	18,3	24,4	38,1	48,8
Jugendquotient	41,7	34,2	22,8	28,8

Tab. 2: Altersquotienten im Landkreis Uckermark (%) / Quelle: Datenbank IFAD, eigene Berechnungen<sup>2</sup>

Im Jahr 1993 betrug das Verhältnis von Jugendlichen im Alter von unter 15 Jahren noch beachtliche 41,7 Personen je 100 Personen im berufsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. 25 Jahre später kamen nur noch 28,8 Jugendliche auf 100 erwerbsfähige Personen. Der Altenquotient hat sich entsprechend konträr entwickelt. Hier kamen im Jahr 1993 noch lediglich 18,3 über 65-Jährige auf 100 erwerbsfähige Personen. Im Jahr 2018 waren es dann bereits 48,8 alte Einwohner auf 100 Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren. Die Prognosen zeigen, dass sich die jeweiligen Trends für den Alten- und den Jugendquotienten zukünftig noch verstärken werden.

Damit steht der Landkreis Uckermark beispielhaft für die vom demographischen Wandel am stärksten betroffenen ländlichen peripheren Regionen Ostdeutschlands. Deren weitere demographische Entwicklung wird sich durch politische Intervention nur marginal beeinflussen lassen, gefragt ist ein intelligentes Gestalten von regional zugeschnittenen Anpassungsstrategien.

---

#### Literatur

- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2014): Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen. Ein wichtiges Thema im Kontext der Demografiestrategie. Bonn. = BBSR-Online-Publikation 11/2014.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.
- LBV – Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg (2018): Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Brandenburg 2017 bis 2030. Potsdam.
- LEP HR – Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (2019): Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019, in Kraft getreten am 1. Juli 2019.
- Statistisches Bundesamt (2019): 14. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Michel, H. (2017): Im Osten etwas Neues? In: Mayer, T. (Hrsg.): Die transformative Macht der Demographie. Wiesbaden, 331–339.

---

2 <https://ifad-berlin.homepage.t-online.de/index.html> (06.07.2023).

---

**Autor**

*Dr. Harald Michel (\*1955), Soziologie-Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion zum Thema Bevölkerungsgeschichte Deutschlands von 1816–1933. 1992 Gründung des Instituts für Angewandte Demographie (IFAD). Unter anderem Mitglied der Expertenkommission zum demographischen Wandel in Sachsen und der AG Umbau von Städten und Regionen der LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern. Expertentätigkeit für die Staatskanzlei Brandenburg im Rahmen des Ausschusses der Regionen (ADR) des Europäischen Parlaments. Arbeitsgebiete: Stadt- und Regionalsoziologie, Demographie; Ursachen und Folgen des Alterungsprozesses der Bevölkerung (Aging), Lebenslagenforschung. Herausgeber der IFAD-EDITION.*